

NACHRICHTEN

Petition für die Fachklasse Grafik

LUZERN red. Eine Petition setzt sich für den Erhalt der Fachklasse Grafik ein. Wie der Förderverein mitteilt, wird diese offiziell am Mittwoch bei der öffentlichen Veranstaltung mit Ex-Preisüberwacher **Rudolf Strahm** zur «Akademisierungsfalle» lanciert (18.30 Uhr, Hirschengraben 10, Luzern). Die Petition ist aber bereits jetzt online auf www.ffgrafik.ch abrufbar.

Schiessstand abgebrannt

ENTLEBUCH red. Ein Schiessstand im Gebiet Rengg-Grosshegen brannte in der Nacht auf Sonntag komplett nieder. Wie die Luzerner Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wurde die Polizei um 1.45 Uhr alarmiert. Für die Bekämpfung des Brandes standen rund 100 eingeteilte der Feuerwehren Entlebuch und Hasle im Einsatz. Die Brandursache wird von den Branddetektiven der Luzerner Polizei abgeklärt.

Zwei Ämter in stiller Wahl besetzt

FISCHBACH red. **Josef Vogel** (CVP) ist in stiller Wahl zum Gemeindepräsidenten gewählt worden. Bis zur Eingabefrist von gestern Montag gingen keine weiteren Vorschläge ein. Der 51-Jährige ist Leiter Technik bei der Bell Schweiz AG in Zell. Er folgt auf **Martha Stöckli** (CVP), die per Ende 2015 zurücktritt. Ebenfalls gestern wurde in stiller Wahl das freigewordene Mandat in der Rechnungsprüfungskommission besetzt: Die 48-jährige **Erika Imbach** (CVP) nimmt künftig Einsitz in diesem Gremium. Damit entfällt die Urnenwahl vom 29. November.

Politik aus der Nähe erleben

WAHLEN red. Das Luzerner Regierungsgebäude ist am kommenden Wahlsonntag Treffpunkt für Politiker, Medien und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Wie die Staatskanzlei mitteilt, ist das Gebäude an der Bahnhofstrasse 15 ab 12.30 Uhr bis gegen 21 Uhr geöffnet. Die aktuellen Ergebnisse werden auf Grossleinwand gezeigt, Computer für das individuelle Abrufen von Resultaten stehen ebenfalls bereit. Es werden auch Getränke und Snacks verkauft.

Graf braucht 13 Millionen mehr

NACHTRAGSKREDIT Der Flüchtlingsstrom lastet schwer auf der Kantonsrechnung: Sozialdirektor **Guido Graf** beantragt allein für diesen Bereich 7,8 Millionen Franken mehr als budgetiert.

ALEXANDER VON DÄNIKEN
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Die Luzerner Regierung hat das Budget für dieses Jahr um nur 13,7 Millionen Franken überschritten. Das sind 0,4 Prozent des Gesamtaufwands von 3,5 Milliarden Franken, wie aus der Botschaft der Regierung an den Kantonsrat hervorgeht. 2014 beliefen sich die Nachtragskredite auf 7 Millionen Franken. Allerdings: Ob 7 oder 13,7 Millionen, Nachkredite müssen in den nächsten Jahren kompensiert werden, damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Angesichts des bereits angekündigten Sparpakets ist das ein weiterer Kraftakt, um den Staatshaushalt längerfristig auf gesunde Beine zu stellen. Knapp 12,9 Millionen Franken stammen aus dem Gesundheits- und Sozialdepartement von **Guido Graf** (CVP). Der Grossteil, 7,8 Millionen Franken, sind Mehrkosten aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen.

Doppelt so viele Minderjährige

Guido Graf will sich mit Verweis auf die noch ausstehende Debatte des Kantonsrates nicht äussern. Sein Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) erklärt die Mehrkosten im Asylbereich einerseits mit der grösseren Zahl an Asylsuchenden: «Wir sind wie im 2014 von einem Bestand von monatlich 800 bis 950 Asylsuchenden ausgegangen. Inzwischen haben wir einen Bestand von rund 1300 erreicht. Zudem hat sich die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen innert Jahresfrist auf 110 verdoppelt. Die Betreuung eines unbegleiteten Minderjährigen kostet mindestens 40 000 Franken pro Jahr.»

Als zweiten Grund nennt das GSD die höhere Anerkennungsquote des Bundes bei Flüchtlingen: «Kurzfristig fallen damit vor allem Kosten im Asylbereich an, weil wir kaum Abgänge aus dem System haben und damit Monat für Monat neue Unterkunftsplätze schaffen müssen.» Die Folge sind teure Notunterkünfte. Aber nicht nur: «Längerfristig wird sich die höhere Anerkennungsquote bei den Sozialhilfe- und Integrationskosten stark bemerkbar machen.» Zwischen Januar 2014 und Ende Juni 2015 habe die Zahl der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenom-



Blick in die Asyl-Notunterkunft Dagmersellen im letzten März: Damals konnte Regierungsrat **Guido Graf** die Kosten im Asylbereich für dieses Jahr noch nicht abschätzen. Bild Philipp Schmidli

menen, die Sozialhilfe beziehen, von 1365 auf 2145 zugenommen.

Mehrkosten trotz Sparpaket

Graf's Departement hat sich auch bei den sozialen Einrichtungen verrechnet; nämlich um 4,7 Millionen Franken. Rächt sich jetzt die entsprechende Kürzung beim letzten Sparpaket? «Die Mehrkosten entstehen durch einen nicht in diesem Mass budgetierten Anstieg der Nachfrage an Betreuungsplätzen. Zudem sind die Platzierungen durch die Kesb von uns nicht steuerbar», so das Departement.

Die im Vergleich zu anderen Regierungsstellen höchste Abweichung erklärt es mit dem Asyl- und Flüchtlingsbereich als «wohl volatilste kantonale Aufgabe». Bei den sozialen Einrichtungen gebe es ebenfalls «Faktoren, die nicht genau zu berechnen sind». Mit ungenauen Budgets müsse auch in Zukunft gerechnet werden: «Niemand kann

voraussagen, was in den Krisenherden wie Syrien und Irak passieren wird.» Zudem sei man auf Prognosen des Bundes angewiesen.

Mehrkosten in Justizvollzug

Wesentlich geringer fallen die zusätzlichen Kredite des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) und des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements (BUWD) aus. Das JSD beantragt zusätzliche 700 000 Franken, um die Justizvollzugskosten zu decken. Gründe für das Loch: Anstieg der Kostgelder und der kurzen Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen sowie mehr Verschiebungen in teurere Einrichtungen, etwa von der U-Haft in den Massnahmenvollzug. Das BUWD hat sein Budget um 125 000 Franken überzogen. Grund: die Bekämpfung des Feuerbrands. Der Bund beteiligt sich zwar zur Hälfte an den Kosten, indem er diese rückvergütet. Weil aber das Ausmass der Beiträge «nicht abzuschätzen ist, werden diese nicht budgetiert», heisst es in der Botschaft. Das Bildungs- und Kultur- sowie das Finanzdepartement beantragen keine Nachkredite.

«Die Betreuung eines unbegleiteten Minderjährigen kostet 40 000 Franken.»

LUZERNER GESUNDHEITS- UND SOZIALDEPARTEMENT

Kanton soll Gebäude kaufen

WILLISAU red. Der Kanton Luzern soll die Gebäude der Heilpädagogischen Schule Willisau kaufen. Der Regierungsrat beantragt, eine entsprechende Motion, die **Markus Odermatt** (CVP, Ballwil) im Namen der Kommission Verkehr und Bau einreichte, erheblich zu erklären.

Kaufabsicht bereits 2010

Die Zustimmung kommt wenig überraschend. Bereits 2010 argumentierte die Regierung, dass ein Kauf der Gebäude längerfristig günstiger ausfalle als die jährliche Miete von 856 000 Franken. Damals hätte der Kaufpreis 11,46 Millionen Franken betragen. Die Vorlage fiel im Parlament jedoch durch. Erst im März wurde ein Kredit von 8,56 Millionen Franken für die zehnjährige Miete der Schule gutgeheissen.

Definitives Aus für Fusion

EGOLZWIL/WAUWIL In einer Notfallsitzung wurde versucht, die geplante Fusion zu retten. Ohne Erfolg. Das Projekt ist endgültig gescheitert.

io. Mit der ungläubigen Verwunderung einer am Altar stehen gelassenen Braut versucht Egolzwil die Gründe für die geplante Hochzeit mit Wauwil zu begreifen. Diesen Eindruck jedenfalls hinterlässt die gestrige Medienmitteilung des Egolzwiler Gemeinderates. Darin berichtet dieser von einer Sitzung mit den Wauwiler Amtskollegen, die vor einer Woche stattfand. Man habe zur Sitzung geladen, um die Gründe zu verstehen, die Wauwil dazu bewogen hatten, die laufenden Fusionsabklärungen abzubrechen (Ausgaben vom 26. August und 1. September). Das Egolzwiler Fazit der Sitzung: Echte Gründe für einen Abbruch gibt es keine. Die wenigen offenen Punkte seien allesamt verhandelbar. So würden sich

beispielsweise die von Wauwil genannten «diversen Bereiche in der Verwaltung, die anders organisiert sind» auf das Steueramt beschränken. Dass eine Zusammenführung der Steuerämter auf den 1. Januar 2016 nicht möglich sei, entspreche auch nicht der Wahrheit.

In ihrer Medienmitteilung kreidet der Gemeinderat diverse weitere Punkte an, in denen sich Wauwil unkooperativ gezeigt oder Egolzwil zu Unrecht kritisiert habe. Immerhin sei der Aufruf zur Beratung aufgenommen worden, gemeinsam nach einem Weg für die Weiterführung der Abklärungen zu suchen.

Auf Hoffnung folgt Ernüchterung

Vergangenen Freitag nun sei dieser Strohalm, an den sich die Egolzwiler Hoffnungen klammerten, geknickt worden. In einem Schreiben habe der Wauwiler Gemeinderat mitgeteilt, dass man nicht gewillt sei, auf den Entscheid zum Abbruch der Fusionsprüfung zurückzukommen.

Das Ziel einer Fusion könne so nicht mehr erfüllt werden, schreibt der Egolzwiler Gemeinderat. «Man muss realistisch

sein und erkennen, dass dieser Prozess abgeschlossen ist», sagt Gemeindepräsident **Urs Hodel** auf Anfrage.

Wauwil reagiert irritiert

Die Wauwiler Antwort auf die Egolzwiler Medienmitteilung liess gestern nicht lange auf sich warten. Unter dem unmissverständlichen Titel «Fusionsprüfung abgeschlossen» folgte am Nachmittag die Stellungnahme. Darin verurteilt der Wauwiler Gemeinderat, dass die Egolzwiler Amtskollegen «erneut einseitig an die Medien gelangt» seien. Dies, obwohl man eine gemeinsame Kommunikation vorgeschlagen habe. Die Irritation auf Wauwiler Seite ist unüberhörbar: «Allein schon die Art der Kommunikation in der Öffentlichkeit macht deutlich, wieso man im Prozess der Fusionsprüfung in der aktuellen Konstellation das angestrebte Ziel nicht wird erreichen können.» Auf die diversen Egolzwiler Vorwürfe werde man nicht näher eingehen, heisst es auf Anfrage.

Fest steht, die Fusionsabklärungen befinden sich nicht im Time-out, sondern sind gänzlich vom Tisch.

ANZEIGE

- Roland FISCHER (glp, bisher)
- Prisca BIRRER-HEIMO (SP, bisher)
- Louis SCHELBERT (Grüne, bisher)
- Charly FREITAG (FDP)
- Denis KLÄFIGER (BDP)
- Jennifer SCHNEIDER (BDP)
- Albert STALDER (BDP)
- Priska WISMER-FELDER (CVP)
- Katharina MEILE (Grüne)
- Irina STUDHALTER (Grüne)
- Michael TÖNGI (Grüne)
- Marcel SIGRIST (IP)
- Laura KOPP (glp)
- Roger SUTER (glp)

- Christian ZÜRCHER (jglp)
- Mario COZZIO (jglp)
- Martin KRUMMENACHER (SP)
- IN DEN NATIONALRAT

- Konrad GRABER (CVP, bisher)
- Prisca BIRRER-HEIMO (SP)
- Roland FISCHER (glp)
- Louis SCHELBERT (Grüne)
- IN DEN STÄNDERAT



für eine verlässliche, wirtschaftsfreundliche und saubere Energieversorgung.